



Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 9. Dezember 2003

Nr. 4049

Interpellation

Interpellation Felix Reut: Sachbeschädigungen nach unbewilligter Demonstration; schriftlich

Felix Reut und 30 Mitunterzeichnende reichten am 25. November 2003 eine Interpellation betreffend „Sachbeschädigungen nach unbewilligter Demonstration“ ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Demonstrationen sind grundrechtlich durch die Meinungs- und die Versammlungsfreiheit geschützt. Sie ermöglichen es, eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern auf ein bestimmtes Anliegen oder ein empfundenes Unbehagen aufmerksam zu machen und sind Bestandteil unserer demokratischen Ordnung. Die heutige Rechtsprechung anerkennt denn auch einen Anspruch auf Benützung öffentlichen Grundes zur Ausübung der Meinungsfreiheit. Danach besteht zwar kein Anrecht auf die Benützung beliebiger Orte zu beliebigen Zeiten, wohl aber wird die grundsätzliche Verfügbarkeit öffentlicher Strassen und Plätze für Anliegen der Meinungsäusserung anerkannt.

Weil sich die mit einer Demonstration verbundene Benützung des öffentlichen Grundes nicht mehr im Rahmen des Üblichen bewegt, stellt sie gesteigerten Gemeingebrauch dar und ist somit bewilligungspflichtig. Wird für eine bewilligungspflichtige Demonstration auf öffentlichem Grund keine Bewilligung eingeholt, so rechtfertigt dies allerdings nicht automatisch die zwangsweise Auflösung der betreffenden Kundgebung. Beim Verstoss gegen das Bewilligungserfordernis handelt es sich um eine Übertretung. Ein polizeiliches Einschreiten allein wegen der fehlenden Bewilligung wäre unverhältnismässig. Demonstrationen führen zu Belästigungen Dritter durch Lärm, Verkehrsstauungen usw., die im Rahmen der privilegierten Stellung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der Regel zu tolerieren sind. Bei ihrem Grundauftrag, der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, kommt der Polizei ein pflichtgemässes Ermessen zu, welches voraussetzt, dass alle in der Sache erheblichen Interessen berücksichtigt und sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Der dabei anzuwendende Grundsatz der Verhältnismässigkeit - als allgemeines Rechtmässigkeitskriteri-



um staatlichen Handelns - verlangt, gerade bei gewaltbereiten oder gar gewaltsuchenden Demonstrierenden, mit Psychologie und Einfühlungsvermögen jene Massnahmen zu ergreifen, welche zum Abbau von Gewalt und Zerstörung führen und Eskalationen vermeiden. Es ist der Polizei dabei nicht möglich, jeden Rechtsbruch zu verhindern. Sie muss auch berücksichtigen, dass bei einer Zerstreuung der demonstrierenden Menge gewaltbereite Demonstranten zu einer Art Guerillatätigkeit übergehen, indem sie beispielsweise in kleinen Gruppen einzelne Objekte angreifen und durch Zerstörung und Plünderung grossen Schaden anrichten. Beim Abwägen der zu treffenden polizeilichen Massnahmen gilt es, verschiedene Kriterien zu berücksichtigen: Neben der Erforderlichkeit des Eingriffs (bezüglich Gesetzmässigkeit und Unerlässlichkeit) gilt es, die Geeignetheit des Vorgehens und der Mittel zu beurteilen. Diese sind so zu wählen, dass der damit beabsichtigte Zweck erreicht, die Erwartungen der Allgemeinheit gewahrt und möglichst wenig Schaden entsteht. Der Eingriff darf weder sachlich, räumlich noch zeitlich oder persönlich über das Notwendige hinaus gehen und muss in einem vernünftigen Verhältnis zum bedrohten oder bereits verletzten Rechtsgut stehen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Stadtpolizei wurde aufgrund einer Internetseite sowie durch Mitteilung auswärtiger Polizeikorps darauf aufmerksam, dass am 22. November 2003 in St.Gallen eine Demonstration gegen Sexismus, Faschismus und Rassismus stattfinden solle. In der Folge wurde jedoch weder um eine Bewilligung um Durchführung einer Kundgebung nachgesucht noch konnte eine organisierende Gruppe oder Stelle ausgemacht werden. Somit war es der Stadtpolizei nicht möglich, eine Vororganisation im Hinblick auf die Demonstrationsroute zu treffen. Aufgrund der Erfahrungen der in Basel eine Woche zuvor durchgeführten Demonstration musste davon ausgegangen werden, dass Vertreterinnen und Vertreter aus linksalternativen Gruppierungen aus Zürich, Bern oder Basel an der Demonstration teilnehmen könnten. Meldungen der Bahnpolizei vom 22. November 2003 bestätigten, dass aus Richtung Bern und Zürich rund 150 zum Teil mit Transparenten ausgerüstete Personen mit Ziel St.Gallen unterwegs waren.

Nach der von der Stadtpolizei anlässlich der Demonstration gewählten Strategie der Deeskalation sind alle Massnahmen dafür zu treffen, dass die Polizei nicht in die Rolle des vermeintlichen Aggressors gedrängt wird und das ihrige dazu beitragen kann, eine Eskalation zu vermeiden. Im Interventionsfall ist indessen als ultima ratio konsequent nach Weisungen der verantwortlichen polizeilichen Einsatzleitung einzuschreiten.

Die Stadtpolizei St.Gallen bringt klar feststell- und identifizierbare Täterschaft konsequent zur Anzeige. Bei der Demonstration vom 22. November 2003 wurden Vandalen und Chaoten indessen durch die Menge geschützt und anonymisiert. Der Demonstrationszug mit gut 300 Teilnehmenden füllte vielerorts die Gassen auf beiden Seiten bis zu den Häusern und wies eine beachtliche Länge auf. Einige der sich in dieser recht homogenen Masse aufhaltenden gewaltbereiten Demonstrierenden nutzten die eingeschränkte Überwachungsmöglichkeit der Sicherheits- und Ordnungskräfte für Sachbeschädigungen aus. Selbst Demonstrations-Teilnehmende bemerkten im Nachgang zur Demonstration in ihren Homepages, dass sie selbst mitten im Demonstrationsumzug nicht realisiert hätten,



dass Sachbeschädigungen (zerkratzte Scheiben, Sprayereien) begangen worden seien. Demonstrationsteilnehmende bedauern in den besagten Homepages auch das Nichtgelingen einer Konfrontation mit der Polizei oder der Mobilisierung der Medien.

2. Eine Demonstration stellt gesteigerten Gemeingebrauch dar, der gemäss Polizeireglement einer Bewilligung bedarf. Die Bewilligungspflicht ermöglicht es der Polizei, mittels Auflagen und Bedingungen Einschränkungen zur Wahrung der polizeilichen Güter oder der zweckmässigen Nutzung der öffentlichen Anlagen zu machen. Diese bezwecken beispielsweise die Verkehrsregelung. Hält sich ein Veranstalter nicht an die Auflagen, so kann er verwaltungs- und strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Bei bewilligten Demonstrationen kommt es deshalb seltener zu Ausschreitungen als bei unbewilligten. Bei grösseren Anlässen wird den Verantwortlichen die Auflage gemacht, ein eigenes Sicherheitskonzept vorzulegen und bei Kundgebungen eigene Ordnungsleute zu bestimmen und zu bezeichnen. Angesichts des Schutzes von Demonstrationen als Manifestation der verfassungsmässig garantierten Meinungs- und Versammlungsfreiheit hätte die Stadtpolizei die Demonstration vermutlich bewilligt. Die Veranstalter und Veranstalterinnen wären dann auch namentlich bekannt gewesen und mit der Bewilligungserteilung hätten Auflagen und Bedingungen vorgegeben werden können.
3. Mit der erläuterten Strategie konnte die Stadtpolizei am 22. November 2003 erreichen, dass es nicht zu Personenschäden und grösseren Sachbeschädigungen kam. Das Einschreiten der Polizeikräfte bei einer Demonstration gleicher Ausrichtung in Basel eine Woche vorher hat zu einem mindestens zehnfach höheren Sachschaden und zu erheblichen Personenschäden (u.a. Säureangriff auf Polizeibeamte) geführt. Dort beteiligten sich ebenfalls etwa 300 bis 400 Personen vorwiegend anarchistischer und autonomer Gruppen am Demonstrationzug. In Basel kam es zu massiven Verwüstungen und Plünderungen. Obwohl die Basler Polizei vorgängig informiert und einsatzbereit war, konnten die von Gewaltbereitschaft und Zerstörungswut zeugenden Ausschreitungen nicht verhindert werden. Die anzuwendende Einsatzstrategie ist bei jedem Ereignis dieser Art besonders zu beurteilen. Dabei ist vor allem abzuwägen, welche Folgen ein Einschreiten (grössere Sachbeschädigungen, Gefährdungen von Leib und Leben) haben könnte.
4. Das von der Kantonspolizei unterstützte Polizeiaufgebot der Stadtpolizei war so stark, dass eine Auflösung und Zersplitterung der Demonstration jederzeit möglich gewesen wäre, allerdings mit den erwähnten Folgen. Dabei entstanden rund 400 Stunden Überzeit.
5. Weder der Kanton noch die Stadt St.Gallen kennen ein Vermummungsverbot. Ein Vermummungsverbot für das Gebiet der Stadt St.Gallen müsste im städtischen Polizeireglement verankert werden. Die Durchsetzung eines Vermummungsverbotes ist sehr schwierig und bindet viele Polizeikräfte, welche gleichzeitig zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz von Personen (Passanten, Demonstrierende) und Objekten eingesetzt werden müssten.



Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation Felix Reut

